

Resolution JHA Minden-Lübbecke, 12.9.2007

Der Jugendhilfeausschuss des Kreises Minden-Lübbecke fordert den Landtag auf, den Entwurf zum „Kinderbildungsgesetz“ in seiner bisherigen Form nicht anzunehmen. Wir begrüßen zwar, dass einzelne Kritikpunkte bereits aufgenommen wurden, sehen aber ebenso wie die kommunalen Spitzenverbände und Wohlfahrtsverbände in NRW gravierende Mängel, die im weiteren Gesetzgebungsverfahren einer dringenden Nachbesserung bedürfen:

- Die künftigen Finanzierungsgrundlagen müssen von realen Zahlen ausgehen. Die Annahme, die Eltern finanzierten 19 Prozent der Kosten, ist unrealistisch. Derzeit werden landesweit lediglich etwa 13 % der Betriebskosten für Kindertageseinrichtungen durch Elternbeiträge abgedeckt. Auf dieser Basis muss die Gesamtfinanzierung gestaltet werden. Eine zukünftige Beitragsfreiheit der Eltern sollte perspektivisch erkennbar sein.
- Das Land darf seine finanzielle Beteiligung an Ganztagsangeboten nicht deckeln. Sollte das Land sich - wie geplant - nur an einer Finanzierung beteiligen, wenn ein Anteil von 25% Ganztagsplätzen an der Gesamtplatzzahl unterschritten wird, ist eine bedarfsgerechte Entwicklung nicht gewährleistet. Das Land muss sich auch an Betreuungsangeboten finanziell beteiligen, die über die vorgesehenen max. 45 Stunden hinausgehen. Bereits heute bieten einige Einrichtungen 50 Wochenstunden und mehr an.
- Um Benachteiligungen von Kindern, die in finanzschwachen Kommunen leben, zu vermeiden, bedarf es landeseinheitlicher Standards bei der Betreuungsqualität. Deswegen ist vor allem eine Festlegung von maximalen Gruppengrößen und einer definierten Relation von Kinderzahl zu Erzieher/ Erzieherin notwendig.
- Der Jugendhilfeausschuss fordert den Landtag auf, zum Konsens zurück zu kehren, die im Gesetzentwurf vorgesehene Kopfpauschale abzulehnen und den Betreuungsstandard bei der U 3-Betreuung („kleine altersgemischte Gruppe“) zu halten.
- Der im Gesetzentwurf vorgesehene Angebotsausbau für unter Dreijährige richtet sich nach dem alten Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) und beschränkt sich somit auf lediglich 20 % der Altersgruppe. Bundesweit wird jedoch eine Quote von ca. 35 % angestrebt. Bei einer entsprechenden Ausbaupflichtung muss mit dem Land neu verhandelt werden.
- Das Land wird aufgefordert, mit den Kirchen verbindliche Regelungen zu treffen, damit die kirchlichen Träger angesichts ihres künftig geringeren Finanzierungsbeitrags keine finanziellen Sonderregeln vor Ort einfordern. Die Kirchen werden aufgefordert, das bestehende Betreuungsangebot aufrecht zu erhalten.
- Die Förderung der Familienzentren ist nach wie vor völlig unzureichend. Familienzentren müssen eine angemessene personelle und sachliche Ausstattung erhalten. Dies ist mit 1.000 € im Monat nicht zu machen. Perspektivisch müssen alle Kindertageseinrichtungen in die Lage versetzt werden, bedarfsgerecht und sozialraumorientiert, die Aufgaben von

darfsgerecht und sozialraumorientiert, die Aufgaben von Familienzentren zu übernehmen.

- Der Jugendhilfeausschuss des Kreises Minden-Lübbecke begrüßt die Bemühungen von Unternehmen (beispielsweise des Klinikums Minden), für Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Betriebskindergärten einzurichten und zu unterhalten. Die Familien können sich auch tagsüber am Arbeitsplatz sehen und Pausen miteinander verbringen. Dies fördert den Familienzusammenhalt, das Engagement im Betrieb und kann nicht zuletzt auch zu einem verbesserten Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren führen. Deswegen ist der Landtag aufgefordert, Betriebe wie bisher (§ 20 des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder) als Empfänger öffentlicher Zuschüsse für Betriebskindergärten vorzusehen.
- Elternräte sind ein wichtiges Gestaltungselement bei der institutionalisierten Kinderbetreuung. Elternräten müssen auch zukünftig die bisherigen Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte eingeräumt werden, wie dies im Kinder- und Jugendhilfegesetz (§ 22a, Absatz 2, letzter Satz) auch vorgesehen ist.
- Die im Gesetz vorgesehene Berichtspflicht der Landesregierung muss mit konkreten Schlussfolgerungen verbunden werden, wenn das Gesetz nicht die erwarteten positiven Auswirkungen hat.

Mit sieben gegen vier Stimmen angenommen.